

# Politische Forderungen

## zum Pestel-Gutachten: Eigentumsbildung 2.0 Regionale Aspekte der Wohneigentumsbildung

**BDB, DGfM, IVD und VPB als Mitglieder des „Verbändebündnis Wohnperspektive Eigentum“ erheben nachfolgende Forderungen für mehr Wohneigentumsbildung in Deutschland:**

1. Für junge Familien sowie Haushalte mit mittleren und unteren Einkommen muss es eine deutliche Ausweitung der Wohneigentumsprogramme z.B. der KfW geben - mit einer Erhöhung des individuellen Kreditvolumens und einer langfristigen Zinsbindung. Schwellenhaushalte sollen beim Eigenkapital durch Zuschüsse unterstützt werden.
2. Die Bedeutung der selbstgenutzten Immobilie für die Altersvorsorge muss angesichts der Rentenlücke besser gewürdigt und insbesondere für jüngere Haushalte und Familien muss die Wohneigentumsbildung wieder verstärkt ermöglicht werden.
3. Eine bundesweite Absenkung der Grunderwerbsteuer auf einheitlich 3,5 Prozent soll durch alle Bundesländer zum Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum umgesetzt werden. Zudem fordern wir den Erlass der Grunderwerbsteuer beim Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum.
4. Die Vorschriften zur Kreditwürdigkeitsprüfung sollten schnellstmöglich korrigiert und die in der EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie dafür gegebenen Regelungen genutzt werden.
5. Durch ein Investitionsprogramm ist die Förderung der Infrastruktur in Ballungs-räumen mit dem Ziel eines akzeptablen Preis-Leistungs-Verhältnisses für den ÖPNV voran zu treiben. Damit wird die Wohneigentumsbildung im Umfeld von Ballungsräumen durch eine bessere „Speckgürtel-Anbindung“ an die Metropolen gesichert.
6. Eine Bauland-Offensive für selbstgenutztes Wohneigentum ist zu starten: Insbesondere Kommunen sollen ihre Grundstücksreserven auch für selbstgenutztes Wohneigentum mobilisieren. In Gebieten mit einem Rückgang der Eigentumsquote müssen zusätzlich regionale Förderanreize geschaffen werden.
7. Möglichkeiten zur Mieterprivatisierung als soziales Instrument des Eigenheimerwerbs sind neu zu überdenken und so zu fördern, dass damit einer Gentrifizierung und drohenden Altersarmut wirksam vorgebeugt werden kann.
8. Die neue Bundesregierung sollte im Herbst 2017 wieder ein eigenes Städtebau-, Bau- und Wohnungsministerium etablieren, um der Vielfalt der Problemfragen und Aufgaben, auch vor dem Hintergrund der immer relevanter werdenden demographischen Herausforderungen, gerecht zu werden und die nötigen Rahmenbedingungen schaffen zu können.